



# HESSISCHER LANDTAG

18. 06. 2013

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Blockupy - friedliche Demonstranten und gewalttätige Polizei**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Anlässlich des gewalttätigen Unterbindens der friedlichen Blockupy-Demonstration am 1. Juni in Frankfurt am Main ist der Hessische Landtag besorgt um die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit.
2. Der Hessische Landtag kritisiert, dass nach nur wenigen Hundert Metern genau dort, wo der Demonstrationzug von der Wunschroute der Ordnungsbehörde und der Polizei abweichen und in Richtung EZB abbiegen sollte, mehrere Hundertschaften der Polizei gewaltsam den Demonstrationzug stoppten, ihn zerteilten und seine Fortsetzung auf der verwaltungsgerichtlich erstrittenen Route verhinderten.
3. Der Hessische Landtag stellt fest, dass es hier nicht um ein gebotenes Vorgehen gegen konkrete Störer, sondern um eine gezielte und gewollte Sprengung der Demonstration ging.
4. Der Hessische Landtag verurteilt die brutale und gewalttätige Art des Angriffs auf die friedliche Demonstration, die zu mindestens 1.032 Festnahmen und mehr als 300 Verletzten v.a. durch Pfefferspray führte. Unter den vielen Verletzten befanden sich Kinder, ältere Menschen, Sanitäter und zahlreiche Journalisten, weshalb mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und Amnesty International (AI) sogar internationale Organisationen den Polizeieinsatz scharf kritisieren.
5. Der Hessische Landtag verurteilt, dass mehr als 900 Menschen ihrer Freiheitsrechte beraubt wurden und bis zu 10 Stunden in einem Polizeikessel eingeschlossen wurden.
6. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die fortgesetzte Kriminalisierung der Blockupy-Bewegung durch Innenminister Rhein, den Frankfurter Ordnungsdezernenten und die CDU-Landtagsfraktion darauf abzielt, kapitalismuskritische Demonstrationen zu verhindern, und jeglicher rechtlichen Grundlage entbehrt. Wie bunt und friedlich die Bewegung tatsächlich ist, konnten alle am 8. Juni erleben, als eine Blockupy-Solidaritätsdemonstration - bei Zurückhaltung der Polizei - ungestört durch Frankfurt ziehen konnte.
7. Der Hessische Landtag fordert eine unabhängige Aufklärung darüber, wer die vorsätzliche gewalttätige Verhinderung einer Demonstration auf einer Route, die verwaltungsgerichtlich genehmigt wurde, politisch zu verantworten hat.
8. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Bundesregierung dem Land Hessen und der Landespolizei die explizite und alleinige Verantwortung für die Planung und Durchführung des gesamten Polizeieinsatzes zugewiesen hat.

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Kassel, 18. Juni 2013

Der Parlam. Geschäftsführer:  
**Schaus**